Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonntag, den 27. April 1884. **Nr. 197.**

Deutschland.

Berlin, 26. April. Uebereinstimmend wird mehrseitig aus Spandau berichtet, daß auf der dortigen königlichen Gewehrfabrik die Maschinen-Einrichtung für die Umwandlung der gegenwärtig von der preußisch-deutschen Armee geführten Gewehre des M. 71 in Repetirgewehre nach dem Mauser-System bereits in der Ausführung begriffen ist. Die Begründung dieser Mittheilung vorausgesetzt, darf danach vorausgesetzt werden, daß die seit etwa zwei Jahren auf mehrere Bataillone ausgedehnte Versuchnahme des Mauser-Repetir-Gewehres ein nach allen Beziehungen zufriedenstellendes Resultat ausgewiesen hat. Wie in der Einführung der Hinterlader-Gewehre würde danach Preußen, und mit demselben jetzt verbunden Deutschland, allen anderen Staaten auch für die Einführung einer Repetirwaffe bei seiner Armee vorangehen. Eine Bestätigung der betreffenden Nachricht muß jedoch zunächst jedenfalls noch abgewartet werden.

— In Anregung eines Artikels in der „Kölnischen Zeitung" hat die Ausführung eines Nord-Ostsee-Kanals neuerdings wieder eine mehrfache Erwähnung gefunden. Im Wesentlichen ging die von der genannten Zeitung gebrachte Mittheilung dahin, daß die Anlage des Kanals der Landbefestigung von Kiel noch vorausgehen solle und daß zunächst die Anlage von Befestigungswerken geplant sei, welche den Kanalverlauf in seiner ganzen Ausdehnung von Kiel bis St. Margarethen oder Brunsbüttel decken sollten. Sicher muß die betreffende Mittheilung in dieser Form vorerst noch als im hohen Maße zweifelhaft erachtet werden. Bestätigt wird nach zuverlässigen Mittheilungen nur, daß, wenn es wirklich zu einer Entscheidung für das seit Jahren schwebende Dahlström'sche Kanalprojekt kommen sollte, die Marine- wie die Militär-Behörden sicher auf eine größere als die in demselben angenommene Wassertiefe von nur 8 Meter beziehen werden. Bei dem Kostenaufwand aber, den außer der Vergrößerung der Wassertiefe die angeblich zur Deckung des Kanals projektirten Befestigungs-Anlagen beanspruchen würden, bliebe aber sicher eine Kanallinie von Brunsbüttel nach Lübeck und der Travemündung vorzuziehen, wo diese Anlagen als gänzlich überflüssig einfach fortfallen könnten und durch welche Kanallinie daneben noch Kiel der Vorzug eines ausschließlichen Kriegs- und Konstruktions-Hafens vollständig gewahrt bleiben würde.

— Zu dem Vorschlage des Reichszuschusses für Dampferlinien nach Ostasien und Australien schreibt heute die „Hamb. Börsen-Halle":

„Was die Forderungen der Postverwaltung an die neu zu gründenden Postdampfschiffslinien betrifft, so hören wir u. A., daß die als Postdampfschiffe anzuerkennenden Dampfer eine Durchschnittsgeschwindigkeit für die ganze Reise von mindestens $11\frac{1}{2}$ Knoten per Stunde erreichen sollen, was einer Maximalgeschwindigkeit von 13 bis 14 Knoten bei der Probefahrt gleichkommen würde. Solchen Forderungen aber vermöchte keines der die jetzt vorhandenen Linien befahrenden Dampfschiffe zu erfüllen, woraus sich ergiebt, daß entweder diese beiden Linien gänzlich bei Seite geschoben werden würden, oder daß, falls sie bei einer Subventionirung mit in Betracht kommen sollten, sie eine vollständig neue Flotte sich anzuschaffen hätten. Es würde sich für die Linie nach Ostasien allein auf der Hauptroute Hamburg-Hongkong — wobei die Anschlußlinie nach Shanghai und Japan ganz außer Betracht bliebe — um sechs große Dampfer zum Anschaffungspreise von je etwa 2 bis $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark handeln, mit deren Hülfe ein regelmäßiger vierwöchentlicher Betrieb gesichert werden könnte. Nimmt man, wozu aller Anlaß ist, die Kosten für eine Linie Deutschland-Australien auf mindestens die gleiche Höhe an, so würde für die neu einzustellenden Dampfer ein Kapital von mindestens 30 Millionen Mark aufzubringen sein. Verhältnißmäßig billiger würde die Sache sich allerdings stellen, wenn etwa ältere aus anderen Linien ausrangirte Schiffe zugelassen werden sollten. . . Daß die Post endlich einmal erkannt hat, wie wenig aufmunternd die bisher von ihr befolgten Prinzipien für die deutsche Dampfschiff-Rhederei gewesen, kann nur mit Genugthuung begrüßt werden. Hier liegt die freilich sehr späte Anerkennung einer alten Unterlassungssünde vor, unter welcher die deutsche Handelsmarine sehr lange gelitten hat. Jahrzehnte lang ist die deutsche Postverwaltung konsequent bemüht gewesen, auf die deutschen Dampfschiffslinien zu drücken und die denselben für die Beförderung der Postsachen zu leistende Vergütung immer mehr und mehr zu beschneiden, bis sie schließlich aufhörte, überhaupt ein angemessenes Aequivalent für die von den Rhedereien übernommenen Leistungen zu bieten. Daß mit dieser Praxis die Errichtung neuer Linien, welche auch dem Postverkehr dienstbar gemacht werden konnten, sicherlich nicht befördert ist, liegt auf der flachen Hand, und eine angemessene Vergütung für der Post zu leistende Dienste würde mancher Rhederei den schweren Kampf um ihre Existenz und um das Festsetzen auf neuen Routen recht wesentlich erleichtert und die Einstellung von Schiffen, welche den Anforderungen der Post genügten, ermöglicht haben. Das jetzige Projekt aber, das müssen wir nochmals hervorheben, wird zunächst nur dazu führen, bereits bestehende Linien entweder durch eine von neuen Linien mit Staatssubvention ihnen bereitete Konkurrenz zu ruiniren, oder, wenn man dieses vermeiden und die beabsichtigten Subventionen den alten Linien zuertheilen will, mit sehr großen Kosten neue Anschaffungen zu machen, deren Rentabilität auch mit den Subventionen noch sehr fraglich bleibt.

Wenn selbst bei der Anschaffung einer größeren Anzahl neuer Dampfer ein Anlagekapital von 30 Millionen erforderlich wäre, so scheint eine jährliche Subvention von 4 Mill. Mark die Rentabilität doch wohl zu garantiren.

— Zu dem Gesetzentwurf über die Subvention von Dampferlinien nach Ostasien und Australien bemerken die „Hamb. Nachr.":

In den Schifffahrt treibenden Kreisen der Hansestädte hatte man sich früheren verlockenden Anerbietungen von Reichssubvention gegenüber ablehnend verhalten; man wies darauf hin, daß transatlantische Dampferlinien so große Kosten verursachten, daß eine Hülfe aus Reichsmitteln nicht hinreichen würde, sie zu erhalten, wenn sie nicht an sich rentabel wären, und daß, wenn dies der Fall sei, sie der Staatshülfe entbehren könnten. Die in den letzten Jahren neugegründeten Linien, die einem Bedürfnisse des Handels entsprachen, kamen rasch in Flor und leiden augenblicklich nur unter der durch eine leichtsinnige Konkurrenz verschuldeten Herabdrückung der Frachten und Passagepreise. Die Motive des jetzigen Antrages stützen sich nicht mehr, wie die früheren Erörterungen, auf das Bedürfniß der deutschen Rhederei, sondern auf das der Reichspostverwaltung und der deutschen Marine. Wenn solche Bedürfnisse wirklich bestehen und dringend genug sind, um eine jährliche Aufwendung von 4 Millionen Mark aus Reichsmitteln zu rechtfertigen, so wird der Reichstag sie vielleicht bewilligen, und die deutsche Rhederei wird nichts dagegen einzuwenden haben, wenn ihr für das Befahren sonst nicht genügend rentirender Linien mit schnellen Schiffen und in regelmäßigen, fest einzuhaltenden Zwischenräumen eine Vergütung zu Theil wird, die sie vor Schaden bewahrt. Sie steht dann dem Reiche wie jedem anderen Verfrachter gegenüber, und die ihrerseits bisher erhobenen prinzipiellen Bedenken kommen in Wegfall.

Die „Hamb. Börsenhalle" erklärt, daß der bisher bekannt gewordene Inhalt der Motive ihr noch kein definitives Urtheil gestatte, hebt aber folgende Schwierigkeiten hervor:

So viel scheint schon jetzt festzustehen, daß die jetzt bestehenden privaten Dampfschiffslinien nach Ostasien und Australien den Anforderungen derjenigen Autoritäten, welche den neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet und vorgelegt haben, nicht entsprechen und daß die Regierung entweder ganz neue Linien den jetzt bestehenden an die Seite stellen will, oder daß sie im Falle einer Verständigung mit den jetzt vorhandenen Linien so schwere Auflagen in Bezug auf Anschaffung neuer größerer, schnellerer und darum auch viel kostspieligerer Dampfer, wie in Bezug auf Verzichtleistung auf gelegentlich sich darbietende Vortheile machen wird, daß diese Linien faktisch ganz zu rekonstruiren wären. Der erstere Fall, daß nämlich die neuen Linien neben den bestehenden eingeschoben werden sollten, würde auf das Todtschlagen der jetzigen Linien hinauskommen, ein merkwürdiges Resultat zum Theil mehrjährigen harten Kampfes gegen die fremde Konkurrenz und ein eigenthümlicher Lohn für Diejenigen, welche ihre Kräfte und ihr Kapital an den Versuch, Deutschlands Schifffahrt auch in den fernsten Meeren auszubreiten und zu festigen, gewagt haben. Daß neu errichtete Linien, welche die Ansprüche der Postverwaltung in Vollem erfüllen und auf so manche Vortheile des Privatbetriebes verzichten müßten, ganz gewiß mit 4 Millionen Mark jährlicher Subvention nicht würden bestehen können, davon sind wir fest überzeugt. Es wird von der Absicht der Regierung gesprochen, die neuen subventionirten Linien bereits mit Beginn des Etatsjahres 1885—1886 ins Leben rufen zu wollen. Das ist eine einfache Unmöglichkeit, wenn man nicht zu dem Auskunftsmittel greifen will, bereits vorhandene ältere Schiffe, welche in ihrer bisherigen Fahrt keine Verwendung mehr finden können, in die neuen Linien einstellen und mit ihnen den Betrieb eröffnen zu wollen. Das wäre denn doch wohl ein etwas bedenkliches Experiment. Auf andere Weise aber könnte der Termin des 1. April 1885 als Eröffnungstag der neuen Postdampferlinien gar nicht eingehalten werden.

Auch wir haben schon betont, daß die Einzelheiten sorgfältiger Prüfung bedürfen, und daß namentlich die Schädigung eines Konkurrenten zum Vortheil eines anderen vermieden werden muß. Die Möglichkeit, eine solche bei der „Rekonstruktion" der vorhandenen Dampferlinien zu verhüten, scheint auch die „Hamb. Börsenh." nicht zu bestreiten.

Die „Frankf. Ztg." schreibt:

Wie die Entsendung der Expedition nach Westafrika, wird man auch den vorliegenden Gesetzentwurf über die Postdampfschiff-Verbindungen im Prinzip nur freundlich aufnehmen können. Es ist sicher ebenso sehr für unseren Handel, unsere Industrie und Schifffahrt von Vortheil, wie es unseren allgemeinen nationalen Interessen und dem Ansehen, welches Deutschland überall zu genießen Anspruch hat, förderlich ist, daß, wie die anderen kommerziellen Hauptstaaten, auch Deutschland mit den wichtigsten Theilen der Erde in direkter und möglichst enger Verbindung steht. Wo dies nicht, wie mit Amerika, durch alte und enge Beziehungen bereits der Fall ist, erheischt es unser Interesse, solche möglichst rasch und fest neu anzuknüpfen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß dazu die direkten Schiffsverbindungen ein vorzügliches Mittel bilden. Etwas anderes ist es, ob es hierbei der staatlichen Subvention bedarf. Wir weisen dieselbe nicht von der Hand, doch wird, ehe man sich darüber entscheidet, eine eingehende Prüfung der Bedürfnißfrage nöthig sein.

— Wie die „Börsen-Ztg." mittheilt, hat Herr Prof. Mommsen bestimmt die Absicht ausgesprochen, ein Mandat für den Reichstag nicht mehr annehmen zu wollen.

— Wie aus Ostpreußen geschrieben wird, erwiderte das Offizierkorps des 2. und Füsilierbataillons des 45. Regiments, welches bekanntlich seit Kurzem seine bisherige Garnison Metz mit Lyck vertauschte, am 23. d. M. den Besuch der russischen Offiziere aus der benachbarten Garnison Grajewo. Die preußische Deputation wurde, im Begriffe, abzufahren, sehr angenehm durch die Nachricht überrascht, daß für sie auf ausdrücklichen Befehl des Zaren ein Extrazug für die Hin- und Rückfahrt bereit stände — in der That eine kaiserliche Aufmerksamkeit, die im Verein mit der herzlichen Aufnahme in Grajewo eine gewisse symptomatische Bedeutung hat.

— Die Reichstagsbaukommission trat gestern Abend in den Räumen des Reichsamts des Innern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Bötticher zu einer Sitzung zusammen. Der abgeänderte Bauplan wurde definitiv genehmigt und kam man überein, daß nunmehr der Kaiser ersucht werden soll, das Terrain für die Grundsteinlegung des Parlamentshauses zu bestimmen.

— Herr v. Bennigsen, der auch nach seinem Rücktritt von der parlamentarischen Thätigkeit als Vorsitzender des hannoverschen Provinzial-Wahlkomitee's der national-liberalen Partei fungirt, hat es, dem „Hann. Cour." zufolge, abgelehnt, an dem national-liberalen Parteitage in Berlin Theil zu nehmen.

— Der Unterrichtsminister läßt ein Gutachten über einen Antrag auf Errichtung einer Hochschule der Musik für Blinde veröffentlichen, wonach ein solcher Antrag unzweifelhaft abzulehnen sei. Derselbe ward bereits 1879 auf dem dritten Blindenlehrer-Kongresse diesem zur Beurtheilung überwiesen, hier aber alsbald als ungeeignet erkannt. Der nicht genannte Gutachter bemerkt dann: Wer die Bedürfnisse der Blinden in der Gegenwart kennt, wer täglich erfährt, wie viel Jammer und Noth hier noch zu beseitigen ist, wie viele arme blinde Kinder noch ohne alle Bildung bleiben und aus Mangel an äußerer Anregung geistig und körperlich verkümmern, weil das Geld zu durchgreifender Hülfe aus solchem Elende nicht herbeizuschaffen ist, der kann gewissenshalber unmöglich sich dafür erwärmen, die Hülfe des Staates oder privater Kräfte zur Gründung einer Hochschule, die einzelnen wenigen Blinden zu Gute kommen soll, anzurufen. „In den Ursachen der Blindheit ist es begründet, daß fast die Gesammtheit aller jugendlichen Blinden den niedern Ständen angehört, ein äußerst geringer Prozentsatz findet sich in besser situirten Familien. Von dem statistischen Bureau zu Schwerin in Mecklenburg wurde mir früher auf meine Bitte ein aus den Zählkarten der Volkszählung ausgezogenes Namensverzeichniß sämmtlicher Blinden der beiden Großherzogthümer Mecklenburg zur Verfügung gestellt. In diesen fand ich kein einziges Kind aus höhern Ständen. Im Jahre 1864 äußerte der Direktor der Blindenanstalt zu Hannover: „So viel mir bekannt, ist der einzige Blinde im Lande, der nicht einer ärmern Familie angehört, der König." Das war wohl etwas zuviel gesagt, kennzeichnet aber die Sachlage. So entspricht es denn durchaus den gegebenen Verhältnissen, wenn die Blindenanstalten sich das Bildungsziel einer guten oder, wie es in dem Unterrichtsplane der hiesigen königlichen Blindenanstalt heißt, einer gehobenen mehrklassigen Volksschule stellen, und entschieden falsch und zu mißbilligen wäre es, wenn sie sich betreffs der intellektuellen Zöglinge ein anderes Ziel stecken wollten. . . Mit Recht fordert man von den Blindenanstalten, daß die Zöglinge durch sie eine genügende Schulbildung und Berufsbildung empfangen; die letztere giebt der Blindenbildung überhaupt erst Werth und Bedeutung." Der Wunsch, den wenigen blinden Kindern aus besser gestellten Klassen die Möglichkeit einer über das Ziel der gehobenen Volksschule hinausgehenden wissenschaftlichen und musikalischen Bildung zu gewähren, sei gerechtfertigt; so lange aber die Mittel noch fehlen, sämmtliche blinden Kinder armer Eltern überhaupt einer Blindenanstalt zuzuführen und sie so vor geistiger und körperlicher Verkümmerung zu bewahren so lange ferner es noch nicht gelungen ist, den Blindenanstalten eine derartige Organisation zu geben, daß die Erziehung zu einer relativen Selbstständigkeit im bürgerlichen Leben erreicht werden kann und endlich auch noch nicht durch eine geordnete Fürsorge für die aus den Blindenanstalten entlassenen Zöglinge Vorkehr getroffen ist, daß diese die gewonnene Erwerbsthätigkeit auch verwerthen können, muß „die ganze Sorge" darauf gerichtet sein, Geldmittel zur Durchführung dieser dringendsten Zwecke flüssig zu machen, und darum könne an die Gründung einer Hochschule für Musik mit wissenschaftlicher Ausbildung (für Blinde) unmöglich gedacht werden, es müsse vielmehr denjenigen besser gestellten Eltern blinder Kinder, die für diese eine weitergehende Ausbildung wünschen, überlassen bleiben, nach dem Austritte der Kinder aus der Blindenanstalt deren Bildung durch Privatunterricht fortführen zu lassen.

— Nachdem nunmehr das englische Rundschreiben wegen der Konferenz über die egyptische Finanzfrage am 23. d. Mts. hier eingetroffen ist und Ihnen die wesentlichen Punkte des Inhaltes, so viel davon verlautet, telegraphisch angedeutet wurden, haben noch einige ergänzende Einzelheiten Interesse. Während es sich also bestätigt, daß nicht einfach London als Ort der Konferenz vorgeschlagen wurde, sondern daneben auch Konstantinopel oder ein anderer zwischen den Regierungen zu vereinbarender Ort, wollen manche vermuthen, daß sowohl London als Konstantinopel am Ende zu betheiligt, zu interessirt in der Frage erscheinen könnten. Man werde sich daher vielleicht für irgend einen neutralen Ort entscheiden. Es ist beispielsweise auf Genf gerathen worden. Dies mag nur zum Beweise angeführt sein, daß über den Ort noch keine Gewißheit vorhanden ist. Daß man ursprünglich Konstantinopel in's Auge gefaßt hatte, ist bekannt. Das Rundschreiben soll übrigens sehr vorsichtig gefaßt und so gehalten sein, daß England sich dadurch nach keiner Seite engagirt und verpflichtet. So wird bezweifelt und selbst bestritten, daß wenn unter den Mitteln zur Beseitigung des egyptischen Defizits auch eine Anleihe in's Auge gefaßt ist, welche man auf etwa 8 Millionen Pfund, wahrscheinlich türkische, veranschlagt, England sich zur Uebernahme einer Garantie dieser Anleihe im Voraus verpflichten wolle. Das scheint nicht der Fall zu sein. Auch wäre der Zinsfuß des neuen Liquidations-Gesetzes noch nicht ausdrücklich angegeben, wenn sich auch diese Einzelheiten nicht ganz verbürgen lassen. Jedenfalls wäre die Besorgniß französischer Blätter, England möchte mit jener Garantie der Anleihe auf eine Einverleibung Egyptens hinsteuern, überflüssig gewesen. Auch soll das Rundschreiben von dem Vorschlage, die egyptische Armee abzuschaffen, nichts enthalten, wie man das richtig vorhergesehen hatte. „Pall Mall Gazette" hatte das einmal unter den etwaigen Mitteln der

wärtigen Lage seltsam stimmen. Bezüglich des Defizits soll das Schriftstück mit Zahlen nachweisen, wie dasselbe Jahr für Jahr gestiegen ist, auch die Ursachen. Als Abhülfe werden dann Beschränkungen der Ausgaben, wahrscheinlich auch wegen der Tilgung, in mehrfacher Weise angeregt. Die Hauptsache aber ist, daß die Konferenz prüfen soll, ob und welche Abänderungen des Liquidations-Gesetzes von 1880 nothwendig wären. Jetzt werden nun die Regierungen auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege darüber ihre Meinungen austauschen, und auch hier ist man der Ansicht, daß, bis die Konferenz zusammentritt, noch Wochen verfließen könnten. So viel man weiß und glaubt, ist das Rundschreiben an die Großmächte gerichtet. Man hörte auch die Unterzeichner des Berliner Vertrages nennen, wobei allerdings etwas auffällig ist, daß Egypten von dem Programm des Kongresses ausgeschlossen war. Es besteht übrigens kein Zweifel, daß zum wenigsten die Beschlüsse der Konfereenz den sämmtlichen bei dem Liquidationsgesetz betheiligten Regierungen zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Man hatte es ebenso mit der Deklaration der fünf Mächte, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Oesterreich von Ende März 1880 und dem Dekret des Khedivs von demselben Datum gehalten, welche der damalige Minister Freycinet in einem Rundschreiben vom 28. April 1880 den französischen Gesandten in Madrid, Petersburg, Athen, Brüssel, Kopenhagen, Haag, Lissabon, Stockholm und Washington mit der Aufforderung an die verschiedenen Regierungen mittheilte, denselben zuzustimmen und dadurch die Liquidations Kommission zur Ausarbeitung des bekannten G setzes vom 17. Juli 1880, das jetzt abgeändert werden soll, zu ermächtigen. Sämmtliche genannte Mächte traten bei, Griechenland mit dem Vorbehalt, daß es bei allen künftigen Berathungen über etwaige Abänderungen zugezogen werde, Rußland erst, nachdem es das Gesetz selbst geprüft hatte, am 24. Juli 1880. Rußland ist aber nicht nur bei dem Liquidationsgesetz betheiligt, sondern auch bei den gemischten Tribunalen, welche das Gesetz ebenfalls ausdrücklich hereinbezog und verpflichtete. Von unterrichteter Seite wird übrigens bestritten, daß England zuerst eine Konferenz über die egyptische Frage im allgemeinen vorgeschlagen und erst, als diese von einigen Selten beanstandet war, sein Programm auf die finanzielle Regelung eingeschränkt habe. Davon ist nichts bekannt und es wird in Abrede gestellt.

— Die Nachrichten aus Egypten lauten immer trüber. Selbst Suakin, von welchem Osman Digma mit neu gesammelten Streitkräften nur anderthalb deutsche Meilen entfernt steht, scheint wieder bedroht zu sein. Es liegt folgende Depesche vor:

London, 26. April. Nach den Meldungen verschiedener Zeitungen aus Kairo vom gestrigen Tage hat der Vertreter Englands daselbst von Berber die Mittheilung erhalten, daß es fortan nicht mehr möglich sei, Briefe oder Telegramme nach Khartum gelangen zu lassen. Die letzten Briefboten seien unverrichteter Sache zurückgekehrt. Die Lage Berbers sei hoffnungslos. Osman Digma stehe mit seinem Anhang bei Handuk, 7 (englische) Meilen von Suakin entfernt. Die bei Suakin befindlichen englischen Kanonenboote träfen Vorbereitungen, um bei einem etwaigen Angriffe auf Suakin Widerstand zu leisten. Zebehr Pascha soll mit den jüngsten aufständischen Bewegungen im Norden von Khartum im Zusammenhang stehen.

Nubar Pascha scheint auf dem Sprunge, die Engländer im Stiche zu lassen, wenn sie ihm nicht freiere Hand lassen. Dem Korrespondenten der „Times" gegenüber, mit welchem er jüngst eine Unterredung hatte, erklärte er aufs Bestimmteste für eine Unwahrheit, daß er sich jemals für die Preisgebung des Sudans ausgesprochen; er sei stets für die bewaffnete Bekämpfung des Mahdi gewesen. Er habe, unterstützt von Sir Evelyn Baring und Baker Pascha, die Entsendung Zebehr Paschas empfohlen, leider vergeblich. Wenn er aber auch in diesen Dingen bis zu einer gewissen Grenze den Engländern garnicht dreinreden wolle, so müsse er doch verlangen, daß ihm in der eigentlichen inneren Verwaltung, in Polizei- und Justizsachen, freie Hand gelassen werde; nur dann könne er englische Ideen auf den egyptischen Stamm pfropfen. Auch in der Wahl seiner Kollegen dürfte man ihn nicht wie bisher beschränken. Was die militärische Lage anbelangt, so erwartet Nubar bei der gegenwärtigen Haltung Englands binnen zwei Monaten den Fall von Khartum, Berger, Dongola und in weiterer Folge von Korosko. Dann werden die Emissäre des Mahdi Egypten selbst überlaufen, und dem solle er ruhig entgegensehen? Die „Pall Mall Gazette" selbst betrachtet den Rücktritt Nubar's als ziemlich sicher. Die Preisgebung Khartums, sagt sie, kostete uns das Ministerium Scherif, der Fall von Berber wird uns das Kabinet Nubar Pascha kosten.

Aus dem Umstande, daß das englische Kabinet die Bekanntgebung der in dem Ministerrathe vom vorigen Mittwoch gefaßten Beschlüsse aufgeschoben hat, schließt „Pall Mall Gazette", daß eine Einigkeit unter den Ministern überhaupt nicht zu erzielen war. Diesmal aber muß ein Entschluß gefaßt werden. Berber seinem Schicksale überlassen, heißt nicht nur Khartum und Gordon preisgeben, sondern auch dem Mahdi den Weg nach Egypten öffnen, und die Verantwortung, welche das englische Kabinet in diesem Fall übernähme, ist eine so gewaltige, daß selbst die eingefleischtesten Anhänger der Räumungspolitik vor einer solchen Möglichkeit zurückschrecken. Unter der englischen Bevölkerung selbst beginnt sich die öffentliche Meinung entschieden für eine Intervention zur Rettung Gordon's zu äußern, der, wie bekannt, 200,000 Pfund verlangte, um eine türkische Armee anwerben zu können. Sir E. Watkin hat sich erboten, 1000 Pfund beizusteuern; der „Times" sind bereits mehrere [illegible] Beiträge für denselben Zweck zugegangen. Das Cityblatt hat aber die Annahme derselben verweigert, „da die direkte Intervention der Regierung zu erwarten sei." Die allernächste Zukunft muß zeigen, ob diese Erwartung gerechtfertigt ist, woran vielerseits gezweifelt wird.

— In Spanien ist ein Telegramm des Generalkapitäns von Kuba eingetroffen, des Inhalts, daß die stärkste jener Banden, in welche sich Aguero's Freischaar aufgelöst hat, blos noch fünf Köpfe zähle. In einem Gefechte mit den Truppen wurden vier von Aguero's Anhängern getödtet und einige weitere verwundet. Der kleine Rest der Bande ist in unwirthliche und schwer zugängliche Theile der Insel geflohen. Der Generalkapitän hegt die Zuversicht, daß Aguero selbst binnen wenigen Tagen todt oder lebendig in die Hände der Truppen fallen werde.

Metz 23. April. Die Fortschritte, welche das Deutschthum in unserer Stadt in den letzten dreizehn Jahren zu verzeichnen hat, sind, wie neuerdings selbst von der französischen Presse zugegeben werden muß, ganz bedeutend. Unsere Stadt zählt nämlich nach den statistischen Feststellungen bereits eine deutsch redende Militär- und Zivilbevölkerung von 24,414 Seelen, wozu noch 5146 Ausländer verschiedener Nationalität kommen. Diesen stehen blos 23,571 französisch redende Einwohner entgegen, so daß also heute schon über die Hälfte der Bevölkerung der deutschen Zunge angehört. Da vor dem Kriege hier nur eine verschwindend kleine deutsch redende Kolonie bestand, so trägt an der inzwischen zu Gunsten des Deutschthums eingetretenen Verschiebung des Mischungsverhältnisses in erster Linie die bei der Option erfolgte starke Auswanderung nach Frankreich die Schuld. Die dadurch entstandenen Lücken wurden alsbald durch Einwanderung aus Altdeutschland gedeckt. Außerdem wirkt dabei der besonders für die Zukunft der Stadt äußerst interessante Umstand mit, daß bei der eingeborenen Bevölkerung die Zahl der Todesfälle die der Geburten übersteigt, während bei den Eingewanderten das umgekehrte Verhältniß stattfindet. Erstere nimmt also stetig ab, die letzteren wachsen dagegen beständig an. Dazu kommt noch, daß die Elementarschulen mit mehr oder weniger Erfolg die Kinder in der deutschen Sprache unterrichten. So ist es erklärlich, daß hier in verhältnißmäßig kurzer Zeit der größte Theil rein französischen Lebens verschwunden ist und von Tag zu Tag mehr schwindet. Die Aenderung in der Zusammensetzung der Bevölkerung ist weithin auch von Einfluß auf die hiesigen Geschäfte gewesen, in so fern dieselben sich dem deutschen Geschmacke anpaßten und deutsch redendes Personal anzunehmen genöthigt waren. Wenn auch die tägliche Beobachtung lehrt, daß es noch ein weiter Schritt ist, bis man bei der einheimischen Bevölkerung von Deutschfreundlichkeit reden kann, so kann man doch, Alles in Allem genommen, mit den bisherigen Fortschritten des Deutschthums in unserer vollständig französirt übernommenen Stadt wohl zufrieden sein.

Ausland.

Paris, 24. April. Die „République française" macht es England zur Pflicht, dem General Gordon zu Hülfe zu eilen und schreibt in diesem Sinne:

Wir sehen, daß das englische Ministerium von Traurigkeit erfüllt ist und mit Kümmerniß der schrecklichen Katastrophe entgegenblickt; aber wir sehen nicht, was man gethan hat, um die herben Vorwürfe des Gouverneurs von Khartum nicht zu verdienen und sich selbst Gewissensbisse zu ersparen. Ist der Erfolg eines kühnen, raschen Marsches von Korosko nach Khartum zum Auseinandersprengen — und wäre es auch nur für acht Tage — der Vorposten des Mahdi und zur Befreiung Gordon's sammt den an sein Geschick geketteten Europäern in der Hauptstadt Nubiens wahrscheinlich? Viele der berufensten Beobachter dieser traurigen Episode glauben es nicht. Die noch vor Kurzem wenig zahlreichen Banden sind zu einem Heuschreckenschwarm angewachsen; die Jahreszeit ist vorgerückt; die Egypter sind entweder entmuthigt oder zum Verrath bereit; die zu wenig zahlreichen englischen Truppen haben den Glauben an ihren Stern eingebüßt. Und sollte es trotz alledem nicht die Pflicht der englischen Regierung sein, einen letzten Versuch zu wagen? Ist es eine des alten Englands würdige Rolle, in Erwartung eines Massenmords, der die zivilisirte Welt in Trauer versetzen würde, mit verschränkten Armen dazustehen und Thränen zu vergießen? Wir geben zu, daß es nur ein einziges Mittel giebt, bis Korosko vorzudringen. Soll man es nicht wagen? Wir geben zu, daß Gordon bei der Erfüllung seiner Mission leichtsinnig, anmaßend, inkonsequent war. Soll aber dieser Offizier, der Besieger der Taipings und einer der Helden des Krimkrieges, als Sühneopfer für die Fehler aller Anderen dargebracht werden, ohne daß eine Anstrengung zu seiner Rettung gemacht wird? Die Ehre gebietet England vor Allem solch' letzten Versuch. Dann aber wird er ihm auch von dem Interesse für sein Ansehen, bei dem die Zivilisation betheiligt ist, dringend geboten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 27. April.

— Nachdem in einem medizinischen Fachblatte die Einrichtung von Hülfsklassen für schwach befähigte Kinder, sogenannte Halbidioten, warm und eingehend befürwortet worden war, hat der Unterrichtsminister ein sachverständiges Gutachten eingefordert. Aus demselben geht hervor, daß es sich hierbei um eine größere unterrichtliche Berücksichtigung derjenigen Kinder handelt, die in Folge schwacher Befähigung den Anforderungen, welche die Volksschule im Interesse der sie besuchenden gesunden Kinder stellen muß, nicht zu entsprechen vermögen. Der Vorschlag des ärztlichen Anregers (Dr. med. Berkhan) geht nun dahin, in Städten mit 30,000 und mehr Einwohnern Hülfsklassen zu errichten und in denselben diesen Kindern einen besonderen, ihrer Befähigung angepaßten Unterricht durch hierzu geeignete Lehrer beziehungsweise Lehrerinnen ertheilen zu lassen. Die Gutachten empfehlen sowohl die Sache selbst, wie den von dem Verfasser vorgeschlagenen Weg den Schulbehörden aller größeren Städte zur Berücksichtigung; die Sache, weil hierdurch einer Anzahl von Kindern, die trotz mehrjährigen Verbleibens in einer Klasse das Ziel derselben nicht zu erreichen vermögen, ein Unterricht gewährt wird, der ihnen ein sicheres Fortschreiten und die Heranbildung zur Erwerbsfähigkeit möglich macht; den Weg, weil er der einfachste und geeignetste, zugleich auch der wenigst kostspielige ist. Vor allem aber seien, um eine solche Einrichtung lebensfähig zu gestalten, Lehrer erforderlich, welche ihrer Aufgabe mit Lust und Liebe nachgehen und auch ein hinreichendes Verständniß für den zu ertheilenden Unterricht mitbringen. Ueber die Ausbildung der Lehrer könne nur die Erfahrung entscheiden.

— Aus dem Protokoll einer unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erfolgten Strafverhandlung muß nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 1. Strafsenats, vom 11. Februar d. J., klar ersichtlich sein, daß über die Ausschließung der Oeffentlichkeit verhandelt worden; ist dies aus dem Protokoll nicht ersichtlich, so gewährt dieser Mangel einen Revisionsgrund.

— Der Wasser-Bauinspektor Weinreich zu Kolbergermünde ist in gleicher Amtseigenschaft nach Husum, Regierungsbezirk Schleswig, versetzt.

— Dem Gymnasial-Oberlehrer a. D. Runge zu Stargard i. P. ist der rothe Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

— Bei dem gestern im alten Rathssaale abgehaltenen ersten Stettiner Rudertag, über welchen wir noch ausführlich berichten, wurde von sämmtlichen fünf hiesigen Ruderklubs, welche äußerst zahlreich vertreten waren, einstimmig beschlossen, am Sonntag, den 6. Juli, hierselbst eine Lokal-Regatta zu veranstalten und wurde als Richtstrecke die Strecke vom Vulkan bis Sommerlust festgesetzt. Zum Regatta-Ausschuß soll jeder Klub 3 Mitglieder wählen und wurde dieser Ausschuß ermächtigt, sich selbst durch ältere Gönner des Vereins zu ergänzen,

— Der Postdampfer „Titania" ist mit 23 Passagieren in Stettin von Kopenhagen am Donnerstag früh eingetroffen und mit 18 Passagieren am Sonnabend Mittags nach Kopenhagen zurückgegangen.

— In der Woche vom 20. bis 26. April sind in der hiesigen Volksküche 1913 Portionen verabreicht.

— Der Postdampfer „Eider", Kapitän W. Willigerod, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 16. April von Bremen abgegangen war, ist am 25. April wohlbehalten in Newyork angekommen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Der Herrgottschnitzer von Ammergau." Oberbairisches Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten. Bellevuetheater: „Das Stiftungsfest." Lustspiel in 3 Akten. **Montag:** Stadttheater: „Der Herrgottschnitzer von Ammergau." Oberbairisches Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten.

Vermischte Nachrichten.

Berlin. Die hiesige Kriminalpolizei beschäftigt u. A. die Ermittelung des einen der vier Diebe, welche am Abend des 23. v. M. mittelst Einbruchs bei einem Goldwaarenhändler in Stettin eine größere Anzahl von Goldwaaren gestohlen haben. Drei der Diebe befinden sich bereits hinter Schloß und Riegel. Es ist festgestellt, daß der eine von ihnen bereits am 25. v. Mts. einige der gestohlenen Sachen in Stralsund verkauft und sich dann über Greifswald, Anklam, Pasewalk, Prenzlau, Angermünde nach Berlin begeben hat. Ein zweiter scheint direkt von Stettin über Garz, Schwedt, Angermünde nach Berlin gegangen zu sein. Da vermuthet wird, daß einzelne der gestohlenen Gegenstände in den genannten Städten oder den zwischen diesen belegenen Dörfern verkauft worden sind, so sind sämmtliche betreffende Ortspolizeibehörden von dem Einbruch in Kenntniß gesetzt worden. Bisher konnte nur der geringere Theil der gestohlenen Gegenstände herbeigeschafft werden.

— In Berlin ist nach der Zeitschrift für Spiritus-Industrie ein Spiritus-Lagerhaus eingerichtet worden. In den eisernen Bassins dieses Instituts können 4 Millionen Liter Spiritus gelagert werden. Der Spiritus ist gegen die Schwindung und sonstige Verluste gegenüber der Lagerung in Holzgefäßen in diesen Bassins durchaus geschützt.

— Der Streit zwischen Vieh-Kommissionären und Händlern einerseits und den Schlächtern andererseits, der seit 14 Tagen den Schweinehandel auf dem Berliner Viehhofe störte, ist nach dem neuesten Viehmarktbericht dahin beigelegt worden, daß die Käufer von Schweinen pro Haupt 25 Pf. Uebergangsgebühr zahlen, während das frühere Anschneidegeld von 10 Pf., welches die Viehtreiber erhielten, fortfällt. Die Abgabe von 25 Pf. soll als Beitrag zur Entschädigung der bei der Fleischbeschau konfiszirten Schlachtthiere genommen werden. Der Bericht verschweigt es, in welcher Weise eine förmliche Versicherungskasse gebildet werden wird, denn die Taschen der Vieh-Kommissionäre dürften hierzu als nicht passend befunden werden.

— (Von Amerika nach Europa in einem Ruderboot.) Kapitän Traynor fuhr am 4. d. M. von Bath, Me., in einem Ruderboote nach Newyork ab, von welch letzterer Stadt aus er Anfangs Juni nach Europa zu rudern versuchen will. Das Boot des kühnen Seemanns ist dreizehn Fuß lang und fünf Fuß breit. Dasselbe ist mit einer Kabine und zwei luftdichten Behältern versehen und enthält Proviant für 4 Monate.

— Weber sagte einst zu einem Sänger, der in seinem „Oberon" beschäftigt war: „Es thut mir leid, daß Sie sich so viele Mühe geben." — „O, ganz und gar nicht", antwortete der sich geschmeichelt fühlende Künstler. „Ja", fügte aber Weber hinzu, „ich meine, warum Sie sich nämlich die Mühe geben, so viele Noten zu singen, die nicht im Buche stehen?" — Eine boshafte Bemerkung, die auch noch mancher andere Komponist berechtigt wäre, an die Darsteller einzelner Partien zu richten.

— (Wenn auch nicht richtiger, so doch höflicher.) Folgender Schulwitz trug neulich bei der öffentlichen Prüfung einer Berliner Töchterschule nicht wenig zur allgemeinen Heiterkeit bei. Ein kleineres Mädchen wurde von der im deutschen prüfenden Lehrerin mit der Konjugation des Zeitworts „sich setzen" beauftragt. Flott begann die kleine Berlinerin: „Ich setze mir — Du setzest Dir", und sie hätte gewiß in derselben Weise weiter konjugirt, wenn die Lehrerin sie nicht unterbrochen hätte. „So sagt man doch aber nicht", lautete die Zwischenrede des Fräuleins, „wie würdest Du denn sagen, Else?" Und die zuletzt Gefragte begann unter dem kaum verhaltenen Lachen aller erwachsenen Zuhörer: „Ich bin so frei und setze mir."

Telegraphische Depeschen.

Darmstadt, 26. April. Die Königin von England, Prinzessin Beatrice und der Großherzog nebst seinen Töchtern besuchten gestern Nachmittag das Mausoleum auf der Rosenhöhe und legten Kränze am Sarkophage der verstorbenen Großherzogin Alice nieder.

Wien, 26. April. Wie die „Pol. Korr." aus Rustschuk meldet, brachte der Fürst von Bulgarien bei dem gestrigen Diner einen Toast auf das österreichische Kronprinzenpaar aus, worauf Kronprinz Rudolf auf das Wohl des Fürsten Alexander und des bulgarischen Volkes trank. Bei dem Abschiede in Giurgewo küßten und umarmten Fürst Alexander und Kronprinz Rudolf einander.

Paris, 25. April. Zuverlässige Informationen melden, daß Zorilla und Genossen durch neue Manöver, insbesondere durch die Ankündigung aufständischer Bewegungen die öffentliche Meinung in Spanien zu beunruhigen suchen. Ich erfahre weiter, daß von derselben Seite beabsichtigt wird, am Wahltage, den 27. April, eine Störung der Wahlen zu versuchen. Die Regierung hat aber, wie weiter gemeldet wird, genaue Kenntniß von dem Treiben der Verschwörer und bürgt für die volle Aufrechterhaltung der Ordnung.

Turin, 26. April. Heute Mittag fand in Gegenwart des Königs, der Königin und des Kronprinzen die Eröffnung der Ausstellung durch den Präsidenten derselben, Herzog von Aosta, statt. Mehrere Botschafter, darunter der deutsche Botschafter v. Keudell und der größte Theil des diplomatischen Korps waren zugegen. Montag wird ein Ball bei dem Herzog von Aosta und Dienstag ein Diner im königl. Palais stattfinden.

Petersburg, 26. April. Nach dem heute publizirten Zeremoniell über die morgen stattfindende Vermählungsfeierlichkeit des Großfürsten Konstantin mit der Prinzessin Elisabeth von Altenburg wird die Trauung sowohl nach orthodoxem, wie nach protestantischem Ritus vorgenommen werden.

Petersburg, 26. April. Der kaiserliche Ukas betreffs die Emission der neuen 5proz. konsolidirten Anleihe wird heute veröffentlicht. Der Emissionskurs ist $90\frac{1}{4}$ Prozent.

Bukarest 26. April. Der Kronprinz Rudolf empfing das diplomatische Korps und eine Deputation der österreichisch-ungarischen Kolonie. Des Regenwetters wegen soll statt der Revue ein Vorbeimarsch des 2. Armeekorps stattfinden.

Bukarest, 26. April. Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Oesterreich sind gestern mit einstündiger Verspätung gegen 9 Uhr Abends eingetroffen. Der König und die Königin waren dem kronprinzlichen Paare entgegengefahren. Auf dem beflaggten und hell erleuchteten Bahnhofe harrten die offiziellen und geladenen Gäste, sowie eine Deputation der österreichisch-ungarischen Kolonie, während sich außerhalb desselben eine ungeheure Menschenmenge versammelt hatte. Nach dem Eintreffen des Zuges, der mit Kanonensalven und der österreichischen Nationalhymne begrüßt wurde, fanden die gegenseitigen Vorstellungen und die Revue über die am Bahnhof aufgestellten Truppen statt. Durch die beflaggten und beleuchteten Straßen erfolgte unter enthusiastischen Zurufen und Ovationen in Galawagen die Fahrt zum Palais, wo von 10 Militär-Musikkapellen und 150 Tambours ein Zapfenstreich bei Fackelbeleuchtung ausgeführt wurde.

Madrid 25. April. Der Regierung sind neuerdings mehrfach Anerbieten von Vorschüssen und Anlehen, in jüngster Zeit auch seitens deutscher Bankiers, zugegangen. Doch lag angesichts der befriedigenden Finanzsituation kein Grund vor, diesen Anerbietungen näher zu treten. Die Regierung hat seit mehreren Monaten ein Guthaben von 43 Millionen Francs baar in der Bank, über welches trotz der Erfordernisse des laufendes Dienstes noch nicht disponirt ist.

Alexandrien, 25. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist in der vergangenen Woche in Bombay nur ein einziger Choleratodesfall vorgekommen, in Kalkutta betrug die Zahl der an der Cholera Gestorbenen 215, letztere Ziffer zeigt eine abermalige Abnahme der Todesfälle. Wie verlautet, sollen die Provenienzen von der Küste zwischen Madras und Rangoon der Quarantäne unterworfen werden.

Aden, 26. April. (Telegramm des „Reuterschen Büreaus".) Die französische Regierung hat in Obock eine Kohlenstation für ihre Marine errichtet.